

Bulgarien-Österreich: Wo versteuert man Zinsen?

Doppelbesteuerung. Für Gesellschaften, die in Bulgarien eine Tochterfirma haben, gelten ab 2012 neue Regeln.

Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) sollen steuerliche Benachteiligungen von Ausländern vermeiden. Nicht immer ist ihre Anwendung aber der Weisheit letzter Schluss. Mitunter kann es ratsam sein, sich stattdessen an die nationale Rechtsordnung im jeweiligen Land zu halten. Nämlich dann, wenn diese nicht ungünstiger ist als die Regelung im DBA. Und wenn man sich dadurch ein kompliziertes Verfahren erspart.

Ab 2012 betrifft das österreichische Kapitalgesellschaften, die eine hundertprozentige Tochtergesellschaft in Bulgarien haben und diese mit verzinsten Darlehen finanzieren. Das sei eine häufige Praxis, sagt Miroslava Hristova, Rechtsanwältin in Sofia bei der bulgarischen Partnerkanzlei von KWR.

Seit heuer gilt ein neues Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Österreich und Bulgarien, dessen Bestimmungen hinsichtlich der Quellensteuern erst im kommenden Jahr in Kraft treten. Derzeit gilt diesbezüglich noch das alte Abkommen, das eine Quellensteuerbefreiung in Bulgarien vorsieht. Zinseinnahmen, die ein österreichischer Investor dort lukriert, sind nur in Österreich zu versteuern. Was erfreulich klingt, es aber nicht unbedingt ist: Das Verfahren nach dem DBA, um in den Genuss der Steuerbefreiung zu kommen, ist kompliziert, erfordert eine Vielzahl von Unterlagen, auch einen formalen Antrag beim bulgarischen Finanzamt, falls die Zinseinkünfte über einer Betragsgrenze liegen, und kann, wenn es zu einem Streitfall kommt, Jahre dauern.

Die nach dem Jahreswechsel geltende Regelung des neuen DBA sieht dagegen vor, dass nicht nur

der Ansässigkeitsstaat des Zinsempfängers ein Besteuerungsrecht hat, sondern auch der Quellenstaat fünf Prozent einheben darf. Das entspricht exakt der Rechtslage, die seit heuer auch nach dem bulgarischen Körperschaftsteuergesetz für verbundene Unternehmen gilt. „In Umsetzung einer EU-Richtlinie wurde der Steuersatz auf Zinsen und Lizenzgebühren, die eine bulgarische Gesellschaft an ein in einem anderen Mitgliedstaat ansässiges, verbundenes Unternehmen zahlt, auf fünf Prozent gesenkt“, so Hristova.

Nach nationalem Recht einfacher

Handelt es sich um verbundene Unternehmen, kann man sich somit das mühsame Verfahren nach dem DBA ersparen, das zur gleichen Steuervergünstigung führen würde. Die Anwendung des nationalen Rechts sei für ausländische Investoren leichter und bequemer, sagt Hristova. An Nachweisen reichen eine einfache Erklärung über die Erfüllung der Voraussetzungen, ein Firmenbuchauszug und eine Ansässigkeitsbescheinigung. Sie warnt vor dem Fehler, trotzdem einen Antrag auf Anwendung des Doppelbesteuerungsabkommens zu stellen: „Das passiert häufig – jetzt etwa bei deutschen Gesellschaften, für die schon heuer ein neues DBA samt derselben Quellensteuerregelung gilt.“ Die fünf Prozent Quellensteuer kann sich der österreichische Darlehensgeber auf die hier zu zahlende Steuer anrechnen lassen.

Ab 2015 wird übrigens wieder alles anders: Dann muss Bulgarien wegen Auslaufens einer EU-Übergangsfrist sein Körperschaftsteuergesetz nochmals ändern. Und bei verbundenen Unternehmen auf die Quellensteuer verzichten.

Leichtere Sitzverlegung, Klarheit bei Portfoliodividenden

Kapitalgesellschaften. Keine „Schlussrechnungssteuer“ auf stille Reserven, steuerliche Gleichstellung von in- und ausländischen Portfoliobeteiligungen.

VON CHRISTINE KARY

Ein vor wenigen Tagen veröffentlichtes EuGH-Urteil erleichtert es Kapitalgesellschaften, ihren Sitz von einem EU-Land in ein anderes zu verlegen. Im Sinne der Niederlassungsfreiheit müsse eine solche Sitzverlegung steuerfrei sein, entschied der Gerichtshof. Innerstaatlichen Regelungen, die vorsehen, dass der bisherige Sitzstaat dem abwandernden Unternehmen eine Steuer auf nicht realisierte Wertzuwächse abknöpfen darf, wurde eine Abfuhr erteilt.

Anlassfall war die Sitzverlegung der nach niederländischem Recht gegründeten Gesellschaft „National Grid Indus“ von den Niederlanden nach Großbritannien. Diese Gesellschaft hatte eine Forderung gegenüber einem britischen Unternehmen, bei der durch eine Aufwertung des britischen Pfund gegenüber dem niederländischen Gulden ein nicht realisierter Kursgewinn entstanden war. Unter anderem auf diesen wollten die Niederlande zum „Abschied“ eine „Schlussrechnungssteuer“ einheben. Die betroffene Gesellschaft berief sich auf die Niederlassungsfreiheit, der Fall landete zur Vorabentscheidung beim EuGH.

Dass das Urteil „National Grid Indus“ restlos glücklich macht, darf bezweifelt werden. Abgelehnt wurde nämlich nur die sofortige Einhebung der Abgabe auf nicht realisierte Gewinne. Dass sie am Tag der Sitzverlegung endgültig bemessen wird, ohne Berücksichtigung allfälliger späterer Wertminderungen oder -zuwächse, verstoße dagegen nicht gegen EU-Recht, befand das Gericht. Fazit: Stille Reserven werden weiterhin von dem Staat, aus dem das Unternehmen abwandert, bewertet und besteuert, abzuführen ist die Steuer aber erst, sobald sie realisiert wurden. Für übersiedlungswillige Unternehmen bedeutet das jedenfalls eine Erleichterung.

„Das wird den Zuzug ausländischer Kapitalgesellschaften nach Österreich begünstigen“, hofft Hanns F. Hügel, Partner bei bpv Hügel und Professor an der Universität Wien, auf positive Effekte für die Alpenrepublik. Die Bedingungen für Unternehmensansied-



Bei der Sitzverlegung innerhalb der EU stille Reserven versteuern? Der EuGH sagt Nein.

[Fotolia/Sven Hoppe]

lungen seien hier durchaus attraktiv: 25 Prozent Körperschaftsteuer, Möglichkeit der Gruppenbesteuerung, Fehlen einer „Controlled Foreign Corporation“-Besteuerung, die es etwa in Deutschland gibt: Dort ansässige Muttergesellschaften müssen auch die passiven Einkünfte ihrer Auslandstöchter versteuern; die Steuer, die die Töchter an ihren Sitzstaat gezahlt haben, wird angerechnet.

„Kontinuität wichtig“

Die Gruppenbesteuerung ermöglicht es verbundenen Unternehmen, Verluste – auch grenzüberschreitend – mit inländischen Gewinnen auszugleichen. Im Zuge der aktuellen Steuerdiskussionen war auch schon die Rede davon, sie zu streichen. Dass diese Forderungen zuletzt leiser wurden, begrüßt Hügel: „Es wäre fatal, diese Möglichkeit gerade dann abzuschaffen, wenn es den Unternehmen schlecht geht und sie erstmals auf die Verlustverrechnung angewiesen sind.“ Wie er überhaupt für mehr Kontinuität in der Steuererzeugung plädiert: „Von den Dingen, die für ausländische Investoren wesentlich sind, ist Kontinuität besonders wichtig.“

Ein weiteres, heuer im Februar ergangenes EuGH-Urteil schaffte Klarheit über die Besteuerung von

Portfoliodividenden, die heimischen Gesellschaften aus geringfügigen – unter zehn Prozent liegenden – Beteiligungen an Gesellschaften außerhalb des EWR zufließen. Solche Erträge generell gegenüber inländischen und EU-Portfoliodividenden zu benachteiligen, verstößt demnach gegen die Kapitalverkehrsfreiheit. Zulässig ist laut EuGH sowohl eine Steuerbefreiung in Österreich als auch eine Anrechnung der im Ausland gezahlten Steuer. Dass der EuGH beides als gleichwertig ansieht, werde zum Teil kritisiert, so Christian Wimpissinger, Partner bei Binder Grösswang. Denn es kann sehr viel, oft sogar nicht bewältigbaren Aufwand bedeuten, die Steuerlast einer in einem Drittland ansässigen Gesellschaft nachzuweisen.

Die Umsetzung des Urteils im Abgabenänderungsgesetz 2011 sei denn auch „großzügiger“ ausgefallen, so Wimpissinger: Für ab heuer erfolgte Ausschüttungen aus Ländern, mit denen ein umfassendes Amtshilfeabkommen besteht, gilt grundsätzlich eine Steuerbefreiung. Umfassende Amtshilfe bedeutet laut Wimpissinger vollen Informationsaustausch, ein Vollstreckungsabkommen sei nicht erforderlich. Die Einschränkung auf Länder, die Amtshilfe gewährleisten, lässt der EuGH zu.

THE INTERNATIONAL LAW FIRM WITH SERIOUSLY LOCAL KNOWLEDGE

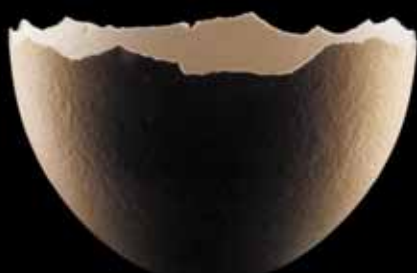
Gute Beziehungen: Wenn man sich öfter über den Weg läuft, lernt man sich besser kennen. Weil wir mit Ihnen vor Ort sind, sprechen wir die gleiche Sprache – am Telefon, beim Lunch und manchmal auch schon beim Frühstück.

Erfahren Sie mehr auf www.wolftheiss.com

WOLF THEISS

ALBANIA AUSTRIA BOSNIA & HERZEGOVINA BULGARIA CROATIA CZECH REPUBLIC HUNGARY ROMANIA SERBIA SLOVAK REPUBLIC SLOVENIA UKRAINE

DIE ALBANISCHE APOTHEKERIN MERITA URUCI AUS DER FRASHERI-STRASSE HATTE HEUTE MORGEN ZWEI EIER AUF BRAUNEM TOAST ZUM FRÜHSTÜCK



Große Kommentare



KOTSCHNIGG
Beweisrecht der BAO
Spezialkommentar
989 S., ISBN 978-3-7089-0525-9
EUR 210,-

ACHATZ / KIRCHMAYR (HG.)
Körperschaftsteuergesetz
Kommentar
1.816 S., ISBN 978-3-7089-0515-0
EUR 340,-

RUPPE / ACHATZ
Umsatzsteuergesetz
Kommentar
1.984 S., ISBN 978-3-7089-0781-9
EUR 340,-

ARNOLD / ARNOLD
Rechtsgebühren
Kommentar
1.014 S., ISBN 978-3-7089-0707-9
Subskriptionspreis bis 31. 12. 2011:
EUR 168,- (danach EUR 210,-)

facultas.wuv

im Buchhandel oder unter
T: +43-1/310 53 56, office@facultas.at, facultas.wuv.at

